

Damian SZYMCZAK, Posen

Polen, Brest Litowsk und die Verträge von St. Germain und Versailles

Poland, Brest Litovsk and the Treaties of St. Germain and Versailles

The reconstruction of the Polish state after the First World War is commonly associated with the date of 11 November 1918. However, this date is primarily symbolic. The process of rebuilding an independent Poland began on an international basis with the publication by the Central Powers of the so-called Act of 5 November 1916. It announced the resurrection of the Kingdom of Poland and started the process of creating the Polish state institutions. The newly created Polish Kingdom was not an independent state. The Central States treated the Poles instrumentally and the best proof of this was their attitude towards Poland during the negotiations with the Ukrainians and the Soviets in Brest Litovsk. On the international stage, Polish sovereignty was de facto guaranteed by the Treaty of Versailles in June 1919. This Treaty definitely ended the process that had begun with the Act of 5 November 1916. Nevertheless, the Treaty of Versailles did not meet all the expectations of Polish society, especially as far as boundaries were concerned. The peace treaty with the Austrian Republic in Saint Germain in September 1919 went unnoticed in Poland.

Keywords: *First World War – Poland – Treaty of Brest-Litovsk – Treaty of St. Germain – Treaty of Versailles*

Die in Brest-Litovsk, Versailles und Saint Germain unterzeichneten Verträge spielten eine äußerst wichtige Rolle beim Wiederaufbau polnischer Staatlichkeit und der Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Interessanterweise waren die Meinungen zu diesen Verträgen trotz der gewaltigen politischen Unterschiede, die die polnische Gesellschaft 1918–1919 spalteten, außergewöhnlich konsistent. Diese Friedensakte weckten auch das Interesse der polnischen Historiographie; insbesondere die mit dem Versailler Vertrag verbundene Problematik.¹ Die Frage der Rezeption und Wahrnehmung der oben genannten Verträge in der polnischen Gesellschaft bedarf jedoch weiterer Erforschung. Vor allem der Unterzeichnung des Vertrages mit Österreich in Saint

Germain wurde wenig Raum in der polnischen Literatur gewidmet.

Der vorliegende Text konzentriert sich vor allem auf die Ansichten der polnischen Staatsorgane zu den Friedensverträgen von Brest Litowsk, Saint Germain und Versailles. Gleichzeitig wird die Reaktion der polnischen Öffentlichkeit vorgestellt. Wie allgemein bekannt ist, feierte der polnische Staat 2018 den 100. Jahrestag der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit. Der entsprechende Feiertag wurde auf den 11. November festgesetzt und stimmt mit dem Ende des Ersten Weltkriegs überein. Dieses Datum hat jedoch nur eine symbolische Bedeutung. Selbstverständlich wäre es falsch zu behaupten, dass Polen genau am 11. November seine Freiheit wiedererlangt

¹ BATOWSKI, Między dwiema wojnami; BAUMGART, Wielka Brytania; CIENCIAŁA, KOMARNICKI, Versailles to Locarno.; KARSKI, Wielkie mocarstwa; ŁOSSOWSKI, Kształowanie się państwa polskiego; CZUBIŃSKI, Traktat;

PAJEWSKI u.a., Problem polsko-niemiecki; SIERPOWSKI, Narodziny Ligi; SZWAYKOWSKI, Odszkodowania; WOJSTOMSKI, Traktat brzeski; WRONIAK, Sprawa polskiej.

hat; vielmehr war dies ein langwieriger, komplizierter und schwieriger Prozess. Man muss daran erinnern, dass der 11. November als Nationalfeiertag offiziell erst im Jahr 1937 eingeführt wurde. Der polnische Staat existierte jedoch bereits vor dem 11. November 1918. Seine Wiederherstellung wurde von den Mittelmächten mit dem Akt vom 5. November 1916 initiiert. Ungeachtet der Absichten des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns, die Rekruten aus den Gebieten des polnischen Königreiches gewinnen wollten, brachte der Akt vom 5. November die polnische Frage zum ersten Mal seit dem Ausbruch des Krieges auf die internationale Ebene.² Selbstverständlich war der Bauprozess des neu geschaffenen und noch zu schaffenden Staates sehr mühsam. Noch dazu wurde dieser Prozess von Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich streng verfolgt und kontrolliert. Zum Glück für Polen fehlte es zwischen den Verbündeten an Eintracht hinsichtlich der Zukunft des polnischen Staates. Die deutschen Politiker beabsichtigten, einen von ihnen abhängigen polnischen Pufferstaat zu schaffen, der das Deutsche Reich von Russland abtrennen würde. Im Gegensatz dazu wollte die Habsburgermonarchie diese Gebiete in ihr Reichsgebiet eingliedern. Diese Konkurrenzsituation konnten die Polen zu ihrem Vorteil nutzen. Im Oktober 1917 wurde der polnische Regentschaftsrat von den Mittelmächten ins Leben gerufen.³ Diese Institution, die den zukünftigen König vertreten sollte, bestand aus drei Personen. Dabei spielte eine von ihnen, Zdzisław Lubomirski, der in Galizien und Österreich aufgewachsen und ausgebildet war, die größte Rolle. Der Regentschaftsrat war natürlich völlig von den Mittelmächten abhängig. Er war nicht souverän und hatte keine bewaffnete Macht zur Verfügung. Das Patent, auf dessen Grundlage er gegründet wurde, ließ keine außenpolitische Agenda zu.

Dennoch war der Rat ein nicht unbedeutender Faktor, mit dem man rechnen musste.

Die Regenten standen vor der Aufgabe, die administrativen Kader des polnischen Staates aufzubauen. Sie glaubten, die Unabhängigkeit sei nur ein Attribut von Staatlichkeit. Im Dezember 1917 bildeten die Regenten das erste königlich-polnische Kabinett, an dessen Spitze mit Jan Kucharczyński ein bekannter Historiker stand. Der Regentschaftsrat und seine Regierung wurden jedoch von der Entente nicht als Vertretung der polnischen Nation anerkannt. Sie betrachtete das im August 1917 gebildete Polnische Nationale Komitee, das seinen Sitz in Frankreich hatte, als einzigen Vertreter der polnischen Nation.⁴ Gemäß der populären, geringschätzigen Meinung der Komitee-Mitglieder war der Regentschaftsrat in außenpolitischen Fragen „taub, blind und stumm“.⁵ Es stellte sich bald heraus, dass der Rat trotz der Absichten der Mittelmächte und der Meinungen seiner polnischen Gegner in den auswärtigen Angelegenheiten nicht völlig untätig blieb.

Im Dezember 1917 unterzeichneten die Mittelmächte einen Waffenstillstand mit Sowjetrußland; bald begannen in Brest Litowsk Friedensverhandlungen. In Polen herrschte die nahezu allgemeine Auffassung, die Deutschen hätten den Krieg im Osten eigentlich gewonnen. Mehr noch glaubten die Regenten, dass das Deutsche Reich keine vollständige Niederlage erleiden könne, selbst wenn es im Westen nicht gewinnen würde. Diesen mächtigen deutschen Faktor musste man also im politischen Kalkül berücksichtigen.⁶ Die Regierung Kucharczyńskis erkannte ihre Aufgabe darin, eine reale Unabhängigkeit zu schaffen sowie einen bestmöglichen Verlauf der zukünftigen Grenzen des Königreiches Polen anzustreben. Die einzige mögliche geopolitische Option für Gebietsansprüche über

² SZYMCZAK, *Między Habsburgami*; LEMKE, *Allianz*.

³ WINNICKI, *Rada Regencyjna*.

⁴ Zu dieser Frage siehe: PAJEWSKI, *sprawy polskiej*.

⁵ SIBORA, *Dyplomacja polska* 288.

⁶ „Świat się w mych oczach dwukrotnie zawalił...“; ŁOŚ, *Wspomnienia dyplomaty* 166–167.

das ethnische Kerngebiet hinaus wurde in den litauisch-belarussischen Gebieten gesehen. Außerdem war der polnische Staat ohne Galizien nicht vorstellbar. Aus diesem Grund neigten die Regenten und die von ihnen eingesetzte Regierung zur österreichisch-polnischen Lösung in Form einer Personalunion zwischen dem mit Galizien vereinigten Königreich Polen und – zumindest teilweise – dem ehemaligen Großfürstentum Litauen unter dem Zepter von Kaiser Karl. Für die Warschauer Regierung war die österreichisch-polnische Option eine ernsthafte Möglichkeit zur Lösung der polnischen Frage. Wie einer der Regenten, Erzbischof Aleksander Kakowski, erklärte: „Wird ein Polen, das auf Österreich basiert, angesichts künftiger Ereignisse stärker sein“.⁷

Es ist nicht überraschend, dass Kucharzewski sich energisch um den Zugang zum Verhandlungstisch in Brest-Litowsk bemühte, wo, wie man in Polen annahm, die geopolitische Ordnung im Osten Europas für die kommenden Jahren etabliert werden würde. Zu diesem Zweck ging er auf seinem ersten Auslandsbesuch nach Berlin und Wien. In Berlin schloss man eine Einladung der polnischen Delegation mit beratender Stimme nicht aus. Während der Audienz bei Kaiser Karl versuchte Kucharzewski, den Monarchen zur Annahme der polnischen Krone zu bewegen. Im Gegenzug sollte Karl die territoriale Integrität des Königreichs Polen sicherstellen und die unter deutscher Besetzung stehenden litauisch-belarussischen Gebiete gewinnen. Der junge Kaiser war jedoch nicht nur durch das verbündete Deutschland gebunden, sondern auch durch die innere Situation in den eigenen Ländern, wo die österreichisch-polnische Lösung zahlreiche Gegner hatte.⁸ Auch konnte Kucharzewski die Autoritäten der Monarchie nicht für die Idee gewinnen, Polen zu Verhandlungen in Brest-Litowsk hinzu zu ziehen. Für den österreichischen Außenminister Ottokar Czernin war

das Erreichen des Friedens das Hauptziel. Er wollte seine Hände nicht durch die Anwesenheit einer polnischen Delegation binden. Außerdem empfanden sowohl der Kaiser als auch Czernin für die austro-polnische Lösung keine aufrichtige Begeisterung, weil der Preis dafür war, wirtschaftliche und militärische Zugeständnisse an Deutschland zu machen. Für Czernin wäre das sogar „ein Opfer“ seitens Österreichs gewesen.⁹ Kaiser Karl befürchtete, Österreich würde so zu einem Vasallen Deutschlands degradiert. Nicht einmal der ehemalige österreichische Botschafter in Bulgarien und in den USA, Adam Tarnowski, wurde, obwohl ein hoher diplomatischer Beamter, in die österreichische Delegation aufgenommen. Es wurde befürchtet, dass er als Pole womöglich die informelle Rolle eines Vertreters polnischer Interessen in Brest Litowsk wahrnehmen würde. Und die polnische Gesellschaft? Sie verfolgte die Entwicklung der Situation in Brest Litowsk genau, hatte aber weder große Erwartungen oder Hoffnungen noch große Befürchtungen. Deshalb war der am 9. Februar 1918 mit der Delegation der Ukrainischen Volksrepublik unterzeichnete Frieden für die königlich-polnische Regierung und die polnische Gesellschaft eine absolute Überraschung. Niemand hat erwartet, dass das Cholmer Land das früher ein Teil des Königreichs Polen in den Grenzen von 1815 war, der Ukrainischen Volksrepublik abgetreten würde. Das Friedensabkommen mit der Ukraine rief entsprechend große Proteste der polnischen Bevölkerung hervor. Interessanterweise richteten sie sich vor allem gegen die Habsburgermonarchie.¹⁰ Die größten Exzesse fanden in Galizien und im österreichischen Okkupationsgebiet des Königreichs Polen statt. In vielen Fällen wurden kaiserliche Fahnen und Wappen an öffentlichen Gebäuden gewaltsam entfernt. Im Zuge des Protests verließen die Überreste der polnischen Legionen (die sogenannten Polnischen Hilfskorps) bewaffnet die österreichischen Frontbefestigungen

⁷ KAKOWSKI, niewoli 507.

⁸ GRATZ, Augenzeuge 112.

⁹ RAUCHENSTEINER, Erste Weltkrieg 897.

¹⁰ WALDEMAR ŁAZUGA, Kalkulować 385.

und liefen auf die andere Seite der Frontlinie über. Ein sozialistischer Abgeordneter im österreichischen Reichsrat, Ignacy Daszyński, erklärte, dass „der Stern der Habsburger am polnischen Firmament ausgelöscht ist“.¹¹

Ein weiterer Effekt des Brester Friedens mit der Ukraine war der Rücktritt der Regierung von Jan Kucharzewski, die die austro-polnische Lösung angestrebt hatte. Gleichzeitig protestierten gegen den Frieden vom 9. Februar die Regenten sehr scharf und beschlossen, jeglichen Kontakt mit Minister Czernin abzubrechen. Ein paar Wochen später, am 3. März 1918, schlossen die Mittelmächte Frieden mit Sowjetrußland. Die pro-österreichische konservative Tageszeitung „Czas“ in Krakau schrieb, es sei ein Glück, dass Russland aus Mitteleuropa gedrängt wurde. Gleichzeitig machte die Zeitung auf die Gefahren des „Sieges des deutschen Imperialismus“ aufmerksam, für den „Österreich ein zu schwacher Partner ist“.¹² Man hoffte daher, dass die durch den Abschluss des Brester Friedens mit Sowjetrußland geschaffene Lage nur vorübergehend sei. Praktisch schuf der Brester Frieden für Zehntausende polnische Flüchtlinge in Russland eine Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren. Schließlich offenbarte der Vertrag von Brest Litowsk den fast unermesslichen Umfang der deutschen Ambitionen in Richtung Osten. Für die neue polnische Staatlichkeit war das eine ernsthafte Mahnung für die Zukunft. Für die Gegner der Zusammenarbeit mit der Berliner Regierung in Polen zeigten die Deutschen während der Brester Konferenz endlich ihr wahres Gesicht. Wie der Vorsitzende der Polnischen Volkspartei in Galizien Wincenty Witos schrieb, wollten sie nicht weniger, als in diesem Teil Europas eine neue Kolonie gründen.¹³

Die polnische Gesellschaft zählte nach den Brester Verträgen nur auf den Sieg der Entente, aber

die polnischen Behörden mussten anders, nämlich realpolitisch handeln. Im April 1918 wurde von der Regierung in Warschau ein Ressort für politische Angelegenheiten gebildet. In der Tat war es das erste polnische Außenministerium. An seiner Spitze stand Janusz Radziwiłł, ein in Berlin geborener Aristokrat, der durch seine Güter mit den ehemaligen polnischen Ostgebieten verbunden war. Wie er mit Bescheidenheit in seinen Memoiren schrieb: „Meine Aufgabe war es, das Personal auf den zukünftigen polnischen diplomatischen Dienst vorzubereiten.“¹⁴ In Wirklichkeit versuchte Radziwiłł mehr zu erreichen. Seine politische Konzeption war darauf ausgerichtet, um den Preis des Erwerbs für Polen von Gebieten in Belarus ein Bündnis mit Deutschland zu schließen.

Infolgedessen sandte die polnische Regierung im April 1918 eine Note nach Berlin und Wien, in der im Austausch für eine Abkehr von einigen Brester Vereinbarungen über die Ostgrenze des Königreichs Polen eine endgültige Regelung der Beziehungen zu den Mittelmächten vorgeschlagen wurde. Die Deutschen, die damals im Osten und Westen militärisch triumphierten, überhörten die Note mit Schweigen. Erst Mitte August 1918 wandte sich Berlin angesichts einer möglichen Niederlage im Westen mit einem Vorschlag zur Lösung der polnischen Frage an die Regenten. Jetzt hatte es Polen nicht eilig. Am 7. Oktober 1918 kündigte der Regentschaftsrat die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates an, der aus allen ethnisch polnischen Gebieten bestehen sollte. Das bedeutete einen nahenden Bruch mit Deutschland und die Suche nach einer Verständigung mit der Entente. Die Habsburgermonarchie spielte als Faktor in der Politik der Warschauer Regierung nur eine marginale Rolle.

Im November 1918 änderte sich die Situation radikal. Die Habsburgermonarchie zerfiel, in

¹¹ DASZYŃSKI, Pamiętniki 298.

¹² Rosja po traktacie brzeskim, in: Czas, Nr. 105 v. 5. 3. 1918, 1.

¹³ WITOS, wspomnienia 405–406.

¹⁴ JARUZELSKI, Książę Janusz 107.

Deutschland brach eine Revolution aus. Am 11. November wurde in Compiègne ein Waffenstillstand unterzeichnet und am selben Tag begann die Warschauer Bevölkerung, die deutschen Truppen zu entwaffnen. Am 14. November übertrug der Regentschaftsrat alle Gewalten an Józef Piłsudski, der aus deutscher Internierung in Magdeburg entlassen worden war.¹⁵ Von diesem Moment an übte Piłsudski eine, wenn auch selbstbeschränkte, so doch diktatorische Macht aus. Piłsudski legte fest, die Würde des provisorischen Staatsoberhauptes unmittelbar nach der Einberufung des Parlaments niederzulegen. In der von ihm berufenen linksgerichteten Regierung von Jędrzej Moraczewski wurde der Ostspezialist Leon Wasilewski zum Außenminister ernannt, womit im Wesentlichen die politische Richtung der Politik festgelegt war, welcher der aus Litauen stammende Piłsudski folgen wollte. Er träumte von einer Großmacht Polen, die möglichst viele Gebiete im Osten umfassen sollte. Die dort lebenden Nationen sollten Polen in der staatsrechtlichen Form einer Föderation beitreten. Piłsudski war jedoch ein politischer Pragmatiker. Die Anschauungen des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson über die Brüderlichkeit der Nationen und die internationale Gerechtigkeit hielt er für „ein leeres Geschwätz“. Bei Bedarf war Piłsudski auch bereit, im Osten ein „imperialistisches Programm“, also mit anderen Worten rein annexionistische Pläne zu verfolgen, nur um – wie er in einem Brief an einen seiner Mitarbeiter schrieb – einen „Revolver in der Tasche“ zu haben.¹⁶ Wenn es um Berlin ging, glaubte Piłsudski nicht, Polen würde auf eigene Faust Erwerbungen auf Kosten Deutschlands machen können. Er meinte, ein vorteilhafter Lauf der polnischen Westgrenzen könne nur mittels der siegreichen Entente erreicht werden.

Parallel zu Moraczewskis Ministerium arbeitete in Paris das von dem rechtsgerichteten Politiker

Roman Dmowski geleitete Polnische Nationalkomitee. Es hatte Piłsudskis Gewalt, der sich als Kopf einer legitimen polnischen Regierung betrachtete, nicht anerkannt. Für eine solche erkannte die Entente hingegen das Komitee an. Die Moraczewski-Regierung hatte daher nicht die Anerkennung der Entente, obwohl sie am 16. November 1918 eine diplomatische Note in die Hauptstädte der Siegermächte sandte, in der die Unabhängigkeit Polens proklamiert wurde. Piłsudski selbst brach Mitte Dezember 1918 offiziell die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ab, um die Akzeptanz der Entente zu gewinnen. Dies änderte die Einstellung der Westmächte keineswegs, die jedoch eine Vereinbarung zwischen den beiden polnischen Machtzentren wünschten. Im Dezember 1918 schickten die Briten sogar eine Sondermission nach Warschau, um die hiesige politische Lage zu sondieren und analysieren: Die Polen sollten eine Regierung schaffen, die alle politische Kräfte vereinen würde.

In der Folge wurden die Polen vom 14. November 1918 bis Anfang Januar 1919 von zwei polnischen Regierungen vertreten, die einander nicht anerkannten. Selbstverständlich erschwerte dieser Umstand die Durchführung einer koordinierten Außenpolitik. Während sich die Siegermächte und die neu geschaffenen Staaten ab Mitte November auf die Friedenskonferenz in Paris vorbereiteten, bekämpften die Polen einander. Die verzweifelten Anhänger Dmowskis in Warschau versuchten sogar, Piłsudski in einem schließlich gescheiterten Staatsstreich zu entfernen. Der Parteiführer der nationalen Demokratie versuchte die westlichen Verbündeten davon zu überzeugen, dass Piłsudski seit Anfang des Krieges mit den Mittelmächten verbündet gewesen war und die Rechtmäßigkeit seiner Autorität an der Weichsel daher nicht anerkannt werden könne. „Das wahre Polen“ sah Dmowski ausschließlich durch das polnische Nationalkomitee

¹⁵ PAJEWSKI, Odbudowa 314.

¹⁶ PIŁSUDSKI, Pisma zbiorowe 73.

vertreten, das seit Beginn des Krieges an der Seite der Westmächte gestanden sei.

Die Unterschiede zwischen Piłsudski und Dmowski betrafen auch die territoriale Ausdehnung des polnischen Staates. Der in Paris amtierende Dmowski war in der Regel ein Befürworter nach Westen verschobener polnischer Grenzen. Es ging nicht nur um die Provinzen Pommern und Großpolen, die vor den Teilungen zu Polen gehört hatten, sondern auch um Oberschlesien, Ermland und die Masuren. Großpolen war übrigens nach dem polnischen Aufstand vom Dezember 1918 schon befreit. Anders als Piłsudski versuchte Dmowski nicht, die Grenzen Polens zu weit nach Osten zu verschieben, dazu war er ein zu entschiedener Gegner der Föderationsidee. In Bezug auf die neu erstellte Deutsch-Österreichische Republik stimmten die polnischen Forderungen im Allgemeinen überein. Sie bezogen sich weitgehend auf die Wiedererlangung von Kulturgütern und archivierten Sammlungen, die während der Teilungen Polen-Litauens transferiert worden waren. Interessanterweise versuchte die polnische Seite zu bestimmen, wo sich das Gebäude der Gesandtschaft Polen-Litauens vor 1795 befunden hatte. Man dachte an eine mögliche Rückstellung des Gebäudes.¹⁷

Erst im Januar 1919 kam es zu einer Einigung zwischen Piłsudski und Dmowski, auf deren Grundlage Ignacy Jan Paderewski eine Kompromissregierung bildete. Dieses Kabinett wurde von der Entente mit Zufriedenheit anerkannt. Von diesem Moment an kann man von einer einheitlichen Außenpolitik Polens sprechen. Gleichzeitig wurde eine Aufgabenteilung zwischen den beiden polnischen politischen Führern vereinbart. Piłsudski sollte sich hauptsächlich mit der Ostpolitik befassen, während die Leitung der polnischen Politik bei der Pariser Konferenz Dmowski anvertraut wurde. Letzterer sah die polnische Delegation in Paris, an deren Spitze er

stand, als eine unabhängige Institution.¹⁸ Er konzentrierte sich auf das Problem der westlichen und südlichen Grenzen Polens. Nach seiner Auffassung sollte der künftige Frieden mit Deutschland ein Akt der historischen Gerechtigkeit für Polen sein. Als Ausgangspunkt plädierte Dmowski für die Grenze von 1772 und eine entsprechende Verschiebung nach Westen. Gleichzeitig war er bereit, einige der östlichen Gebiete, die nur in geringem Maße von polnischer Bevölkerung bewohnt waren, aufzugeben. So kombinierte der Vorsitzende des polnischen Nationalkomitees in seiner Argumentation zwei Prinzipien: das historische und das ethnographische. In Anbetracht der Tatsache, dass die Begrenzung auf das ethnographische Prinzip einen Verzicht auf einen großen Teil der östlichen Gebiete bedeutet hätte, ergänzte Dmowski seine Argumentation um ein „geografisches Argument“. Dies bedeutete, dass der zukünftige polnische Staat nicht nur in ethnographischer und historischer, sondern auch in geographischer Hinsicht ein Ganzes bilden sollte. Für dieses Konzept arbeitete in Paris der herausragende polnische Geograph Eugeniusz Romer. Es ist erwähnenswert, dass die National-Demokraten das Problem der polnisch-deutschen Grenze aus einer sehr umfangreichen historischen Perspektive betrachteten. Der rechte Politiker Stanisław Stroński etwa sah im Versailler Vertrag die nächste Stufe des tausendjährigen deutsch-polnischen Ringens. Trotz der vielen Mängel bedeute der geschlossene Friede, dass der deutsche Drang nach Osten endlich gestoppt werde. „Wir stellen unsere Grenzposten wieder zwischen der Oder und der Weichsel auf“ schrieb Stroński.¹⁹ Für die Polen waren aber nicht nur die Grenzen wichtig. Wie im Fall Österreichs forderten sie auch von Deutschland die Rückgabe polnischer Kulturgüter, die nicht nur während der Teilungsepoche

¹⁷ Polskie dokumenty dyplomatyczne 150

¹⁸ Polskie dokumenty dyplomatyczne 206.

¹⁹ STROŃSKI, Pierwsze dziesięć lat, 87–88.

transferiert worden waren, sondern auch in der Zeit des Ersten Weltkrieges.²⁰

Am Anfang der Pariser Beratungen war Dmowski optimistisch eingestellt: Die Verhandlungen im Ausschuss für polnische Angelegenheiten schienen sehr vielversprechend und die meisten polnischen Postulate hatten Akzeptanz gefunden. Deshalb weckten die in Paris operierenden Delegierten in der polnischen Gesellschaft große Erwartungen für einen erfolgreichen Friedensschluss und einen künftigen polnischen Großraumstaat. Bald traten jedoch Schwierigkeiten auf. Die Vertreter der Juden legten ein Postulat für einen Sondervertrag vor, der ihnen volle Rechte in der neu geschaffenen polnischen Republik garantieren würde,²¹ was bei der polnischen Delegation wenig Akzeptanz fand.

Umso mehr war der am 29. Juni 1919 unterzeichnete Vertrag für die polnischen Behörden nicht völlig zufriedenstellend, ja sogar enttäuschend. Erstens wurde der Verlauf der Westgrenze nicht entsprechend den Wünschen der Warschauer Regierung implementiert. Definitiv festgelegt sollte sie erst nach Volksabstimmungen in Oberschlesien und Masurien werden. Auch erhielt Polen den gewünschten Hafen in Danzig nicht. Zweitens wurde der Frieden von Versailles durch einen Vertrag über nationale und religiöse Minderheiten ergänzt, der diesen das Recht auf Schutz versicherte. Garant des Dokuments sollte der Völkerbund sein. Dieser Vertrag wurde in Polen als Einschränkung der staatlichen Souveränität wahrgenommen. Premierminister Paderewski wies die Bündnispartner auf diesen Umstand hin und erinnerte daran, dass unter anderem der Schutz religiöser Minderheiten durch ausländische Mächte als Vorwand für die erste Teilung Polens gedient hatte.²² Er forderte ferner, dass die Bestimmungen zum Schutz von Minderheiten

auch für Deutschland gelten sollten. Dieses Postulat wurde nicht erfüllt. Drittens verlangten die Siegermächte die Autonomie der Ukrainer im Südosten Galiziens. Die polnische Delegation in Paris befürchtete, dass die öffentliche Meinung im Land damit niemals einverstanden sein würde und hatte dieses Postulat selbst übrigens nur aus taktischen Erwägungen genehmigt.

In der Tat kamen bald nach Paris Gerüchte auf, das polnische Parlament werde einen solchen Vertrag ablehnen. Dmowski hatte Angst vor der Eskalation der Situation im Land. Deshalb eilte er nicht zurück nach Polen, weil er dem Parlament keinen defekten Frieden verkünden wollte. Offiziell wurde sein Verbleiben in Paris durch die Notwendigkeit erklärt, sich an den Verhandlungen über den Frieden mit Österreich zu beteiligen. Die polnischen Zeitungen beschuldigten „englischen Radikalismus, amerikanischen Doktrismus und Zionismus“, für die ungünstigen Bestimmungen verantwortlich zu sein. Besonders der englische Premierminister Lloyd George und England hatten in Polen eine sehr schlechte Presse. Darüber hinaus wurde auf die Aktivitäten von Juden hingewiesen, die die endgültige Ausgestaltung des Vertrages beeinflussen würden, insbesondere in Bezug auf den Minderheitenschutzvertrag, den sogenannten kleinen Vertrag von Versailles. Verschwörungstheorien über die Beteiligung von Juden an Ausverhandlung und Abfassung der Verträge wurden auch von Dmowski gefördert. Außerdem konnte der Versailler Vertrag das Problem der östlichen Grenze Polens nicht lösen; sie sollte später von der Entente bestimmt werden, was Polen für die Zukunft weitere Beschränkungen auferlegte. Vorläufig war die Situation im „brennenden“ Osten weit von einer Klärung entfernt. Eine polnische Tageszeitung schrieb über den Vertrag von Versailles: „Unsere Verbündeten im Westen und die

²⁰ Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego V, 38–39.

²¹ Bei der Pariser Konferenz nahmen auch die polnische Zionisten teil. RUDNICKI, *Żydzi w parlamencie* 60.

²² KRASUSKI, *Tragiczna niepodległość*. 47.

neutrale Welt begrüßen diesen Moment mit Freude und Begeisterung, denn für sie ist der Friede im wahren Sinn des Wortes tatsächlich erreicht. Polen ist jedoch weit davon entfernt.“²³ Der Umgang der Großmächte mit der Konferenz wurde vom polnischen Wirtschaftsdelegierten Władysław Grabski kritisiert, weil der polnische Standpunkt in Wirtschaftsfragen nicht entsprechend berücksichtigt wurde. Dazu öffnete der Vertrag seiner Meinung nach zwar den Weg, Reparationszahlungen für Kriegsschäden von Deutschland zu fordern, aber es gab keine Instrumente zur Durchsetzung. Trotzdem argumentierte Grabski, dass der Vertrag unterzeichnet werden sollte.²⁴

In einer solchen Situation wurde Paderewski im Sejm, der über die Annahme des Vertrages entscheiden sollte, kühl empfangen. Es gab viele Stimmen gegen seine Bestätigung, besonders von der Linken und der Bauernpartei. Im Parlamentsaal herrschte manchmal Aufregung, es fielen Formulierungen wie „Verräter“, der Marschall musste die Abgeordneten beruhigen. Die endgültige Ratifizierung des Vertrags wurde von 41 Abgeordneten nicht unterstützt, 265 Stimmen äußerten sich dafür.

Nach dem Friedensschluss herrschte auch unter den Polen in Oberschlesien große Enttäuschung und Empörung. Wie bekannt ist, gab es anfangs die feste Überzeugung, dass diese Provinz dem polnischen Staat ohne Vorbedingungen einverleibt werden würde. Die getroffene Entscheidung, eine Volksabstimmung durchzuführen, erregte große Beunruhigung und Empörung. In der Folge schrieb Premierminister Paderewski an den Führer der polnischen Oberschlesier, sie sollten nicht in Radikalismus verfallen und alle Gedanken an einen Aufstand, den er „Wahnsinn“

nannte, fallen lassen.²⁵ Trotz derartiger Warnungen kam es Mitte August 1919 zum Ausbruch des Ersten Schlesischen Aufstands. Er endete mit einem polnischen Misserfolg, war aber gleichzeitig unmissverständlicher Beweis für das Bestreben der lokalen Polen, sich mit dem polnischen Staat zu verbinden. Die polnischen Behörden nahmen auch Kontakt mit den Danziger Patriziern auf und versuchten, die Beziehung der Bewohner der Hafenstadt für Polen mit günstigen wirtschaftlichen Perspektiven zu stärken. Ein Delegierter der Warschauer Regierung an der Motława appellierte in einem Brief an den Staatssekretär des polnischen Außenministeriums: „Aus Liebe zu Gott müssen Sie die Gelegenheit ergreifen und alles tun, um [...] Menschen anzuziehen, nicht zu entmutigen“.²⁶

Auf der anderen Seite weckte der Friedensvertrag die Freude der jüdischen Bevölkerung. Grund und Anlass für die Zufriedenheit war die Unterzeichnung eines Minderheitenvertrages durch Polen, der für die Juden vielversprechend war – insbesondere nach der schwierigen Zeit der Wende 1918/1919, als es viele antijüdische Vorfälle in Polen gab. Die polnisch-jüdischen Beziehungen waren während des Ersten Weltkriegs angespannt, was kein gutes Zeichen für die Zukunft war.²⁷ Doch während der parlamentarischen Debatte über die Annahme des Vertrags von Versailles forderte der jüdische Abgeordnete Ozjasz Thon die Zusammenarbeit zwischen Juden und Polen beim Wiederaufbau Polens. Dies konnte nur bei Einhaltung der Bestimmungen des Minderheitenvertrages erfolgen.²⁸ Die stärkste politische Gruppierung der Juden in Polen, das Zentralkomitee der Zionistischen Organisation in Polen, gab daher eine Proklamation heraus, in der der Friedensvertrag als die „große

²³ Kurier Poznański, Nr. 148, v. 1. 7. 1919, 1.

²⁴ Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego II, 241.

²⁵ Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego V, 43.

²⁶ Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego V, 46.

²⁷ ZIELIŃSKI, Stosunki polsko-żydowskie 415–427.

²⁸ Stenographische Protokolle der Polnischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung, Sitzung Nr. 82, 31. 7. 1919, 41.

Karte“ der jüdischen nationalen Rechte bezeichnet wurde. Dies wurde aber ausdrücklich nur als der erste Schritt auf dem Weg zur Umsetzung aller jüdischen Postulate gesehen.²⁹

Die in Polen lebende deutsche Bevölkerung nahm die Vertragsunterzeichnung mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Die im ehemaligen Königreich Polen wohnenden Deutschen sprachen von einem Frieden, der „zu spät“ kam. Die einflussreiche Zeitschrift „Neue Lodzer Zeitung“ warf der reichsdeutschen Bürokratie und dem Obersten Militärkommando vor, den Krieg unnötig und sinnlos zu verlängern zu haben; die Berliner obersten Behörden hätten die Bevölkerung am Ende des Krieges in Unwissenheit über die wirkliche militärpolitische Situation gelassen. In die Zukunft schauten die polnischen Deutschen aufgrund der enormen Zerstörungen, Opfer und Kosten des Wiederaufbaus eher mit Pessimismus. Die erwähnte Tageszeitung fügte hinzu, dass ein Frieden, der auf Hass und Rache aufgebaut sei, nicht von Dauer sein könne.³⁰ Die Deutschen, die im ehemaligen Kongresspolen lebten, unterstützten jedoch den Vertrag. In der polnischen verfassungsgebenden Nationalversammlung versicherte der deutsche Abgeordnete Ludwik Wolff, von ihrer Seite keinen Minderheitenvertrag zu verlangen und die von der polnischen Regierung gegebenen Garantien als ausreichend zu erachten. Schlimmer noch war es hinsichtlich der Toleranz gegenüber anderen Nationalitäten in der Provinz. Wie der deutsche Abgeordnete behauptete, verhielten sich die polnische Bevölkerung und die lokalen Behörden trotz der von der Zentralregierung erlassenen Gesetze gegenüber den in Kongresspolen ansässigen Deutschen feindselig. Im Namen seiner Fraktion versicherte Wolff den Forderungen der polnischen

Behörden seine Unterstützung, wonach die polnische Minderheit in Deutschland ebenfalls Regelungen unterstellt werden sollte, die sich aus dem Minderheitenvertrag ergeben.³¹

Die Polen waren von Anfang an skeptisch hinsichtlich der dauerhaften Durchsetzbarkeit des Vertrages. Nach seiner Gutheißung überwogen gegenüber der Freude eher Gefühle von Enttäuschung und Pessimismus; es wurden vor allem die Nachteile bemerkt. Man fürchtete deutschen Revanchismus und war überzeugt, dass nur ein klares militärisches Übergewicht gegenüber Deutschland den Frieden dauerhaft sichern könne. Jedenfalls stellte sich bald heraus, dass nach der Unterzeichnung des Friedens die westliche Grenze nicht ruhig war, wie der Ausbruch der nachfolgenden schlesischen Aufstände zeigte. Darüber hinaus waren die Polen bitter enttäuscht von der Notwendigkeit, einen Teil der russischen Staatsschuld zurückzuzahlen. Der Minderheitenvertrag wurde von den meisten polnischen politischen Kräften einhellig scharf verurteilt. Während der parlamentarischen Debatte über seine Annahme fielen die Worte über „Demütigung der für Toleranz berühmten Nation“.³² Mit einiger Hoffnung wurde die Gründung des Völkerbundes begrüßt, wenngleich auch hier generell Skepsis herrschte. Die grundlegende Notwendigkeit einer solchen Organisation wurde erkannt, die tatsächlichen Möglichkeiten ihres Einflusses auf die Weltordnung weckten jedoch von Anfang an Zweifel.

Eine ganz andere Sache war der Vertrag von Saint Germain mit Österreich, den Premierminister Paderewski für die polnische Seite unterzeichnete, der aber in Polen kaum wahrnehmbaren Widerhall fand. Polen war kein Nachbar Öster-

²⁹ *Dzieje Żydów w Polsce. Wybór tekstów źródłowych* 17.

³⁰ Zur Unterzeichnung des Friedens, in: *Neue Lodzer Zeitung*, Nr. 172 v. 1. 7.1919, 1.

³¹ *Stenographische Protokolle der Polnischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung*, Sitzung Nr. 82, 31. 7. 1919, 43.

³² *Stenographische Protokolle der Polnischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung* 27.

reichs, also gab es keine neuralgischen Grenzstreite, die größere Emotionen geweckt hätten. Wie ein Journalist der „Gazeta Warszawska“ erklärte, war „diese Friedensvereinbarung von Saint Germain [...] ein italienischer Frieden“.³³ Es gab zwar keine Habsburgermonarchie mehr, dafür aber reichlich Konflikte zwischen ihren Nachbarstaaten; im Fall Polens mit der Tschechoslowakei. Für die Polnische Republik bedeutete das Abkommen von Saint Germain dennoch nicht das Ende verschiedener Auseinandersetzungen mit Wien. Eine Vereinbarung über die Übergabe von in Wien lagernden Archiven mit Galizien-Bezug wurde mühsam angestrebt. Weiter stritt man über das Schicksal polnischer Geldeinlagen in Österreich, Kunstsammlungen und so weiter. Darüber hinaus hatten österreichische Staatsbürger Eigentum in Galizien. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern dauerte noch viele Jahre, aber es ging voran, wenn auch langsam. Im September 1923 besuchte der österreichische Kanzler Ignaz Seipel Warschau. Die hiesige Presse beschrieb diese Reise allgemein mit Sympathie und Wohlwollen³⁴. Die unter Seipel Leitung durchgeführte Reform der Österreichischen Staatsfinanzen wurde hoch geschätzt, die Zukunft der polnisch-österreichischen Beziehungen mit großen Hoffnungen gesehen. In der Krakauer Zeitung „Czas“ war zu lesen: „Die Polen trennten sich in guter Kameradschaft von Österreich und der wirtschaftliche Faden, der Kleinpolen mit Österreich (insbesondere mit Wien) verbunden hat, ließ sich nicht einfach zerreißen“.³⁵ Kanzler Seipels Besuch trug dazu bei, die Ratifizierung des Vertrags von Saint Germain durch Polen voranzutreiben.³⁶

Fast gleichzeitig im April 1923 erkannte die Pariser Botschafterkonferenz die Zugehörigkeit Ost-

galiziens zu den Gebieten der Polnischen Zweiten Republik vorbehaltlich der Gewährung der Autonomie für dieses Gebiet an – die Behörden in Warschau gingen diese Verpflichtung nie ein. Schließlich wurde der Friedensvertrag mit Österreich im März 1924 vom polnischen Sejm ratifiziert. Die Angelegenheit löste unerwartet viele Kontroversen aus. Der Grund dafür war eine für Polen möglicherweise gefährliche Interpretation eines der Vertragspunkte. Die Gegner der Ratifizierung wiesen darauf hin, dass Österreich als Rechtsnachfolger der Habsburgermonarchie Galizien den Alliierten Mächten überlassen habe. Das hätte einen Präzedenzfall schaffen können, nämlich eine Überzeugung, die Entente habe besondere Rechte an diesem ehemaligen habsburgischen Kronland und könne de facto dessen Verwaltung beanspruchen oder gar durchsetzen.³⁷ Der Sozialist Herman Lieberman forderte also die Ablehnung des Vertrags, weil er den Alliierten Mächten einige der polnischen Gebiete überließ (eben in Ostgalizien) und Polen zu sehr belastete.³⁸ Dazu beschloss der Abgeordnete Stanisław Putek, während der parlamentarischen Sitzung in dieser Angelegenheit die Übernahme der habsburgischen Güter in Galizien durch den polnischen Staat zu fordern.³⁹ Trotz aller Zweifel und Streitpunkte wurde der Vertrag von Saint Germain vom polnischen Parlament ratifiziert.

Zusammenfassend: Welche Bedeutung hatte der Frieden von Brest mit der Ukrainischen Volksrepublik für Polen? Vor allem bedeutete er das Ende der austro-polnischen Orientierung. Die polnische Bevölkerung verlor – auch in Galizien – das Vertrauen in die Monarchie. Die in Galizien lebenden Polen sahen nun ihr Ziel in einer Vereinigung mit dem polnischen Staat – auch ohne Habsburger. Der Regentschaftsrat regierte weiter, aber tatsächlich wartete die Öffentlichkeit

³³ Nachdruck in: Podpisanie traktatu z Austrią, in: *Czas* Nr. 243 v. 21. 9. 1919, 3.

³⁴ Dzieło kanclerza Seipla, in: *Kurier Warszawski* Nr. 257, v. 16. 9. 1923 5.

³⁵ Gość z Wiednia, in: *Czas*, Nr. 208 v. 16. 9. 1923, 1.

³⁶ BALCERAK, Polska–Austria 108.

³⁷ Przeciwno ratyfikacji 2–3.

³⁸ *Gazeta Lwowska* Nr. 64, v. 16. 3. 1924, 3.

³⁹ *Czas* Nr. 63, v. 16. 3. 1924, 3

nur auf den Sieg der Entente. Der Frieden mit Sowjetrußland bedeutete schließlich die Beseitigung der russischen Stimme in der polnischen Frage.

Ganz anders standen die Dinge mit dem Vertrag von Versailles. Er regelte zwar die internationale Situation Polens und bestätigte seine Souveränität; dennoch war die polnische Gesellschaft zutiefst enttäuscht, weil die territorialen Bestrebungen des polnischen Staates nicht berücksichtigt wurden. Dazu kam der sogenannte Minderheitenvertrag, der leidenschaftlichen Widerstand weckte und als unverdiente Belastung betrachtet wurde. Im Jahre 1924 forderte Senatspräsident Wojciech Trąpczyński, der den National-Demokraten angehörte, in einem Pressegespräch die Abschaffung des Vertrages. Der Politiker sah in ihm eine Intrige des verhassten Lloyd George.⁴⁰ Roman Dmowski fügte in seiner 1925 unter dem Titel: „Polnische Politik und die Wiederherstellung des Staates“ veröffentlichten Arbeit hinzu, dass der britische Premierminister in Paris als germanophil galt und England ein offener Feind Polens war.⁴¹ Bei den rechten Politikern entstand und florierte der Mythos, dass die Gestaltung des Versailler Friedens weitgehend von den Juden und Freimaurern beeinflusst und manipuliert worden war.⁴² Im Vergleich dazu hatte der Friedensvertrag von Saint Germain tatsächlich wenig Echo. Für einen Teil den ehemaligen Galizianer bedeutete er einen Abschied von der Habsburgermonarchie. Jedenfalls beendete er als das Friedensabkommen mit dem Erben der letzten Teilungsmacht, also Österreich die Teilungsperiode auch symbolisch.

Der Abschluss des Versailler Friedens löste schließlich in Polen Streitigkeiten anderer Art aus, nämlich rund um die Frage, wer denn nun eigentlich der Vater der Unabhängigkeit Polens ist. Wer hat den größten Verdienst? Roman Dmowski und seine Orientierung an der Entente oder Józef Piłsudski als Unabhängigkeitskämpfer?⁴³

Korrespondenz:

Prof. Dr. Damian SZYMCZAK
Adam Mickiewicz-Universität Posen
ul. Wieniawskiego 1
61-712 Poznań
damianszym@op.pl
ORCID-Nr. 0000-0001-6113-6030

Abkürzungen:

Siehe das allgemeine Abkürzungsverzeichnis:
[<http://www.rechtsgeschichte.at/files/abk.pdf>]

Literatur:

- Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. II: 1919–1921 (Wrocław–Warszawa–Kraków–Gdańsk 1974).
- Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. V: 1909–1941 (Warszawa 2001).
- Wiesław BALCERAK, Polska–Austria w okresie międzywojennym, in: *Studia z dziejów Rosji i Europy Środkowo-Wschodniej*, 27 (1992) 108.
- Henryk BATOWSKI, *Między dwiema wojnami 1919–1939. Zarys historii dyplomatycznej* (Kraków 2001).
- Marek BAUMGART, *Wielka Brytania a odbudowa Polski 1914–1923* (Szczecin 1990).
- Anna CIENCIAŁA, Tytus KOMARNICKI, *From Versailles to Locarno. Keys to Polish Foreign Policy 1919–1925* (Lawrence 1984).
- Antoni CZUBIŃSKI, *Spory o II Rzeczpospolitą* (Poznań 1983).
- Antoni CZUBIŃSKI (Hg.), *Traktat wersalski z perspektywy 70 lat* (Warszawa 1989).
- Ignacy DASZYŃSKI, *Pamiętniki*, Bd. II, (Kraków 1926).
- Roman DMOWSKI, *Polityka polska i odbudowanie państwa*, Bd. II (Warszawa 1988).
- Dzieje Żydów w Polsce. Wybór tekstów źródłowych 1918–1939* (Warszawa 1993).
- Gustav GRATZ, *Augenzeuge dreier Epochen. Die Memoiren des ungarischen Außenministers Gustav Gratz 1875–1945* (München 2009).
- Jerzy JARUZELSKI, *Książę Janusz (1880–1967). Szkice. Wspomnienia Janusza Radziwiłła* (Warszawa 2001).

⁴⁰ *Głos Lubelski*, Nr. 98 v. 8. 4. 1924, 5.

⁴¹ DMOWSKI, *Polityka polska* 147.

⁴² KUŁAKOWSKI, *Roman Dmowski* 586.

⁴³ CZUBIŃSKI, *Spory o II Rzeczpospolitą*.

- Aleksander KAKOWSKI, *Z niewoli do niepodległości* (Kraków 2002).
- Jan KARSKI, *Wielkie mocarstwa wobec Polski 1919–1945. Od Wersalu do Jałty* (Warszawa 1992).
- Jerzy KRASUSKI, *Tragiczna niepodległość. Polityka zagraniczna Polski w latach 1919–1945* (Poznań 2000).
- Mariusz KUŁAKOWSKI, *Roman Dmowski w świetle listów i wspomnień* (Dębogóra 2014).
- Waldemar ŁAZUGA, *Kalkulować... Polacy na szczytach C.K. Monarchii* (Poznań 2013).
- Heinz LEMKE, *Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg* (Berlin 1977).
- Piotr LOSSOWSKI, *Kształtowanie się państwa polskiego i walka o granice (listopad 1918–czerwiec 1921)*, in: DERS. (Hg.), *Historia polskiej dyplomacji*, Bd. IV: 1918–1939 (Warszawa 1995).
- Stanisław ŁOŚ, *Wspomnienia dyplomaty* (Kraków–Warszawa 2017).
- Janusz PAJEWSKI u.a. (Hgg.), *Problem polsko-niemiecki w traktacie wersalskim*, (Poznań 1963).
- Janusz PAJEWSKI, *Wokół sprawy polskiej. Paryż–Lizbona–Londyn* (Poznań 1970).
- Janusz PAJEWSKI, *Odbudowa państwa polskiego 1914–1918* (Warszawa 1980).
- Józef PIŁSUDSKI, *Pisma zbiorowe*, Bd. 5 (Warszawa 1937).
- Polskie dokumenty dyplomatyczne. 1919 styczeń–maj* (Warszawa 2016).
- Manfred RAUCHENSTEINER, *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie* (Wien–Köln–Weimar 2013).
- Szymon RUDNICKI, *Żydzi w parlamencie* (Warszawa 2004).
- Janusz SIBORA, *Dyplomacja polska w I wojnie światowej* (Warszawa 2013).
- Stanisław SIERPOWSKI, *Narodziny Ligi Narodów. Powstanie, organizacja i zasady działania* (Poznań 1984).
- Stanisław STROŃSKI, *Pierwsze dziesięć lat, (1918–1928)* (Lwów–Warszawa 1928).
- Tadeusz SZWAYKOWSKI, *Odszkodowania niemieckie na tle Traktatu Wersalskiego* (Poznań 1948).
- Damian SZYM CZAK, *Między Habsburgami a Hohenzollernami. Rywalizacja niemiecko – austro-węgierska w okresie I wojny światowej a odbudowa państwa polskiego* (Kraków 2009).
- Zdzisław Julian WINNICKI, *Rada Regencyjna Królestwa Polskiego i jej organy (1917–1918)* (Wrocław 2017).
- Wincenty WITOS, *Moje wspomnienia*, Bd. 1 (Warszawa 1988).
- Stefan WOJSTOMSKI, *Traktat brzeski a Polska. Sprawa polska w pertraktacjach pokojowych w Brześciu Litewskim pomiędzy Czwórprzymierzem a Rosją Sowiecką i Ukrainą* (Londyn 1969).
- Zdzisław WRONIAK, *Sprawa polskiej granicy zachodniej w latach 1918–1919* (Poznań 1963).